

II-5573 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2819/J

A N F R A G E

1988 -10- 2 1

der Abgeordneten DR. DILLERSBERGER, DR. GUGERBAUER  
an den Bundeskanzler  
betreffend Verwaltungsakzessorietät des Umweltstrafrechtes-  
Verordnungen im Verzug

Am 25.11.1987 hat der Nationalrat das Strafrechtsänderungsge-  
setz 1987 und zugleich eine EntschlieÙung, in der die  
Bundesregierung aufgefordert wurde, im Hinblick auf die  
Verwaltungsakzessorietät des Umweltstrafrechtes die entspre-  
chenden Veranlassungen zu treffen, beschlossen.

Das Umweltstrafrecht tritt mit 1. Jänner 1989 in Kraft und es  
mehren sich die Zweifel, daß die vorgesehenen notwendigen  
entsprechenden gesetzlichen Maßnahmen, Verordnungen,  
Bescheide, tatsächlich rechtzeitig erlassen würden. Der  
Justizausschuß ist seinerzeit davon ausgegangen, daß ein Jahr  
dafür genug sei. Ohne diese gesetzlichen Maßnahmen, durch  
die erst die Verwaltungsakzessorietät des Umweltstrafrechtes  
wirksam wird, bliebe dieses eine Augenauswischerei und die  
Absicht des Justizausschusses, etwas Wesentliches für den  
Umweltschutz zu tun, würde zunichte gemacht.

Die unterfertigten Abgeordneten richten aus diesem Grund an  
den Herrn Bundeskanzler die

A n f r a g e :

1. Welche Maßnahmen wurden hinsichtlich der EntschlieÙung zum  
Strafrechtsänderungsgesetz bisher getroffen?
2. Ist sichergestellt, daß das Umweltstrafrecht ab 1. Jänner  
1989 tatsächlich und im notwendigen Umfang vollzogen  
werden kann?